
Jahresbericht 2020
Rapport annuel 2020

Nr. 11 der Schriftenreihe der FDP.Die Liberalen
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication no 11 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2020 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2020 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	Die Pandemie prägt 2020	4
1.1.	Corona-Pandemie	4
1.2.	Enkelstrategie.....	5
1.3.	Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik	5
1.4.	Europapolitik.....	6
1.5.	Crypto-Affäre	6
1.6.	Wechsel im Generalsekretariat	6
1.7.	Kantonale Wahlen	6
1.8.	Ausblick 2021	7
2.	Parteiarbeit: Delegiertenversammlungen / Parteipräsidentenkonferenzen / Volksabstimmungen .	8
2.1.	Assemblées des délégués	8
2.1.1.	Assemblée des délégués du 11 janvier à Schindellegi.....	8
2.2.	Volksabstimmungen	9
3.	Das parlamentarische Jahr 2020.....	10
3.1.	Frühlingsession - Session de printemps 2. März bis 12. März 2020	10
3.2.	Ausserordentliche Session – Session extraordinaire 04. Mai bis 06. Mai 2020	11
3.3.	Sommersession – Session d’été 2. Juni bis 19. Juni 2020.....	16
3.4.	Herbstsession – Session d’automne 7. September bis 25. September 2020.....	17
3.5.	Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national 29. Oktober bis 30. Oktober 2020	19
3.6.	Wintersession – Session d’hiver 30. November bis 18. Dezember 2020	20
4.	Nahestehende Organisationen	22
4.1.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	22
4.2.	FDP.Die Liberalen Service Public	24
4.3.	FDP International	25
5.	Anhang – Annexe	26
5.1.	Anhang A – Annexe A	26
5.2.	Anhang B – Annexe B	26
5.3.	Anhang C – Annexe C.....	26
5.4.	Anhang D – Annexe D.....	27

Jahresbericht 2020

1. Die Pandemie prägt 2020

Fanny Noghero, Generalsekretärin FDP.Die Liberalen

Die Schweizer Politik stand im Jahr 2020 ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie, die auch die Tätigkeiten der FDP.Die Liberalen Schweiz dominiert. Die Corona-Krise entwickelte sich zu einer Generationen-Herausforderung, die auch von der FDP viel Einsatz abverlangte. Nichtsdestotrotz gelang es der Partei mit der Einzelstrategie und der Fortsetzung der freisinnigen Umwelt- und Klimapolitik zusätzliche Akzente zu setzen. Die FDP muss aber auch mehr denn je die Freiheit verteidigen, die durch zahlreiche staatliche Eingriffe bedroht ist. Wir müssen dafür sorgen, dass die Massnahmen und Einschränkungen, die zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen wurden, nicht zum Dauerzustand werden.

1.1. Corona-Pandemie

Die Corona-Krise entwickelte sich ab März 2020 zur grössten Herausforderung, die die Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigen musste. Nachdem der Bundesrat die ausserordentliche Lage erklärt hatte, nahm die Landesregierung bei der Pandemie-Bekämpfung die Zügel in die Hand.

Die FDP brachte sich dennoch bereits während des Lockdowns im März stark ein und forderte, dass Wirtschaftszweige in Not rasch und unbürokratisch unterstützt werden. Eine der wichtigsten Forderungen der FDP war jene nach einem Koordinatensystem. [Am 8. April 2020 teilte die FDP Schweiz mit](#): «Es braucht jetzt zwingend ein klares Koordinatensystem, wie der Verlauf der Pandemie die bundesrätliche Planung für die verschiedenen Ausstiegsszenarien beeinflusst. Wenn sich die Menschen daran orientieren können, werden sie die Verlängerung besser akzeptieren und die Massnahmen disziplinierter befolgen. Die Unternehmen benötigen klare Orientierungspunkte und Vorlauf, damit sie die Wiederaufnahme der Geschäftsaktivitäten optimal planen können.» Der Ruf nach einem klaren Koordinatensystem blieb leider während fast des ganzen Pandemie-Jahres ungehört.

Mitte April präsentierte die FDP eine [Ausgangsstrategie](#), um aus dem Frühlings-Lockdown herauszukommen. Wichtige Massnahmen wie die Unterstützung betroffener Branchen und Lockerungen im Tourismus wurden aufgenommen und in den folgenden Wochen zu Recht umgesetzt. Nach den einschneidenden Einschränkungen der ersten Welle fehlte aus Sicht der FDP eine breitere Sicht auf die Pandemie-Auswirkungen. [Die FDP regte am 17. April an](#), dass flächendeckende Tests ein wirksames Instrument sind: «Auch zu den Tests hat der Bundesrat nichts gesagt. Der Bund muss jetzt regelmässige und repräsentative Infektionstests in der Gesamtbevölkerung durchführen – diesbezüglich existieren ungenutzte Kapazitäten. Dies muss auch Antikörpertests umfassen, sobald diese verfügbar sind. Nur so erhalten wir ein klares und genaues Bild der epidemiologischen Situation – und kommen endlich aus dem Blindflug heraus» Als das Parlament seine Arbeit im Mai wieder aufnahm, reichte die FDP am 6. Mai neun [Fraktionsvorstösse](#) ein, damit die Schweiz mit Kraft aus der Krise kommt.

Auch während der «corona-armen» Sommermonaten war für die FDP klar, dass die Pandemie die Schweiz länger beschäftigen wird. Die Partei erarbeitete deshalb mehrere [Themenpapiere](#), die sich mit verschiedenen Themen wie dem [Gesundheitssystem](#), dem [Arbeitsmarkt](#), der [Wirtschaft](#) und [KMU](#), dem [Pandemieplan](#), der [Sicherheit](#), den [demokratischen Institutionen](#) und der [Gesellschaft](#) in Bezug auf Corona befassten.

Die Corona-Pandemie begleitete die FDP auch in der zweiten Jahreshälfte stark. Mit dem Aufkommen der zweiten Welle war die Politik stark gefordert. Als ganze Branchen unter einem faktischen Arbeitsverbot litten, setzte sich die FDP für grosszügige [Härtefallregelungen](#) für betroffene Unternehmen ein. Ebenfalls machte sich die FDP stark für gute [Rahmenbedingungen](#) bei den Covid-Krediten. Leider agierte der Bundesrat gegen Jahresende inkohärent und widersprüchlich. Dies führte dazu, dass das Vertrauen in den Bundesrat gelitten hat. Die FDP begrüsste am 11. Dezember, dass die Landesregierung zum Jahresende endlich in Ansätzen ein [Koordinatensystem](#) präsentierte. Für die FDP war klar, dass eine breit angelegte Impfkampagne das beste Instrument für den Ausstieg aus dem Krisenmodus ist. Die FDP forderte deshalb vom Bundesrat ein klare [Impfstrategie](#) und ein nachvollziehbares Ausstiegsszenario. Die Corona-Krise beanspruchte die Partei wie kaum eine andere Entwicklung der letzten Jahre.

Die zahlreichen staatlichen Interventionen waren, wenn auch nachvollziehbar, äusserst schmerzhaft für Liberale. Die FDP positionierte sich als kritisch-konstruktive Kraft und präsentierte oftmals eigene Lösungsansätze zur Bewältigung der Krise. Diese fanden leider oftmals weniger Gehör als die Extrempositionen der Polparteien. Die Corona-Pandemie wird die FDP auch im Jahr 2021 noch stark beanspruchen und intensives Engagement erfordern.

1.2. Enkelstrategie

Die Corona-Pandemie legte verschiedene Politikfelder offen, in denen auch langfristig Handlungsbedarf besteht. Die FDP entschloss sich deshalb im Frühling 2020 die [Enkelstrategie](#) zu lancieren. Gerade in Krisenzeiten gilt: Wir müssen die Weichen stellen, damit das Erfolgsmodell Schweiz gesichert und weiterentwickelt wird. Mit der langfristigen Enkelstrategie will die FDP aufzeigen, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in drei zentralen Bereichen aussieht:

- Für einen **attraktiven Wirtschaftsstandort**, der uns allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle garantiert, damit wir unser Leben selbstbestimmt führen können.
- Für **gesicherte Sozialwerke**, damit auch unsere Kinder und Enkel von den gleichen Vorsorge- und Gesundheitsleistungen profitieren können wie die heutigen Generationen.
- Für **intakte Lebensgrundlagen**, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Das Generalsekretariat stellte zusammen mit der FDP-Bundeshausfraktion Begleitgruppen zusammen, die sich mit den verschiedenen Themenbereichen befassen. An der Delegiertenversammlung vom 27. Juni wurde die Enkelstrategie den Delegierten präsentiert. Kern-Element der Enkelstrategie ist eine breit angelegte Konsultation bei den Parteimitgliedern. Die FDP konnte hierbei auf die positiven Erfahrungen der Umfrage zur Umwelt- und Klimapolitik aus dem Jahr 2019 zurückgreifen. Die Mitgliederkonsultation zur Enkelstrategie fand zwischen dem 4. September und 18. Oktober statt. Allen Parteimitgliedern wurde auf dem Postweg und per E-Mail ein Login für die Online-Konsultation zugestellt. Rund 16'000 Freisinnige nahmen die Gelegenheit wahr und beantworteten Fragen zu den Themenbereichen Lebensgrundlagen, Altersvorsorge und Gesundheit sowie Arbeitsplätze.

Im Rahmen eines [Mediengesprächs](#) im Berner Generationenhaus präsentierten gfs.bern und die FDP die [Ergebnisse](#) der Konsultation.

Die Konsultation zeigte, dass 87 Prozent der Befragten mit dem generellen Kurs der Partei zufrieden sind. Als Grundwerte für die Gesellschaft der Zukunft sind Eigenverantwortung, Liberalisierung und Föderalismus fest verankerte Prinzipien. Herausforderungen sieht man aktuell im Bereich der persönlichen Freiheit angesichts der Corona-Krise. Unabhängig von der aktuellen Krise nimmt man auch eine Gefährdung der Privatsphäre und der Eigentumsgarantie wahr.

Die Ergebnisse der Mitgliederkonsultation fliessen nun in die weiteren Projekte der Enkelstrategie. Die Begleitgruppen erarbeiten Aktionen und Forderungen für die verschiedenen Themenbereiche. Diese Projekte werden wir im Verlauf des Jahres 2021 lancieren und kommunizieren.

1.3. Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik

Umwelt- und Klimapolitik war im Jahr 2019 das prägende Thema und die FDP lieferte mit dem [Positionspapier](#) für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik eine wichtige Grundlage. Trotz Corona-Pandemie konnte die FDP auch im Jahr 2020 ihren Einsatz in diesem Themenbereich erfolgreich fortsetzen. Im Verlauf des Jahres wurden in den Räten verschiedene Vorstösse behandelt, die auf dem Positionspapier fussten. Die [Übersicht](#), die laufend aktualisiert wird, zeigt den Stand der Forderungen.

Ein wichtiger Meilenstein der künftigen Umwelt- und Klimapolitik der Schweiz ist das revidierte CO₂-Gesetz. Die FDP hat Beschlüsse des Positionspapiers erfolgreich in die Vorlage eingebracht. Nur dank der FDP ist das Gesetz nach dem Nein Ende 2018 mehrheitsfähig geworden. Am 25. September stimmten die Räte dem [CO₂-Gesetz](#) mit weitgehender Unterstützung der FDP-Fraktion zu. Es ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050 und ein mehrheitsfähiger Kompromiss, wie das bei solchen Vorlagen in unserer Demokratie üblich ist.

An der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober bekräftigten die Delegierten den Kurs der FDP in der Umwelt- und Klimapolitik. Mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit fassten sie die [Ja-Parole](#) zum revidierten CO₂-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird. Damit stellte sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren.

Klar ist auch, dass das Engagement für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik weit über die kommende Abstimmung hinausreicht. Ende 2020 wurden deshalb durch das Generalsekretariat und die Lausanner Agentur Horde die Vorarbeiten für die Plattform [Blueprints.ch](https://blueprints.ch) gestartet. Die Website ging am 11. Januar 2021 online und dient als [Bestandesaufnahme](#) all unserer Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik.

1.4. Europapolitik

Die Diskussion um das Rahmenabkommen mit der EU geriet im Jahr 2020 infolge der Corona-Pandemie und der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative in den Hintergrund. Nach der erfreulichen Ablehnung der Begrenzungsinitiative nahm das Thema wieder Fahrt auf. Die FDP-Liberale Fraktion befasste sich am 29. Oktober mit dem Rahmenabkommen und bekräftigte die bisherige [Position](#). Für die FDP stehen langfristige, gesicherte Beziehungen zur EU und der Zugang zum Binnenmarkt im Zentrum.

Nach jahrelangen Verhandlungen und Phantomdiskussionen hat Bundesrat Ignazio Cassis einen konkreten Vertragsentwurf präsentiert und damit eine breite öffentliche Diskussion ermöglicht. Nun geht es in die nächste Phase, in der die Klarstellung der offenen Punkte ansteht. Die FDP-Liberale Fraktion hat sich in der Konsultation und seither für Klarstellungen bei der Unionsbürgerrichtlinie, dem Lohnschutz und der Guillotine ausgesprochen. Sobald die Resultate der Verhandlungen vorliegen, wird die FDP diese eingehend analysieren und eine Gesamtbeurteilung vornehmen.

1.5. Crypto-Affäre

Beim Bekanntwerden der sogenannten Crypto-Affäre im Februar 2020 forderte die FDP umgehend eine lückenlose [Aufklärung](#) und begrüsst die Untersuchungen der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeI). Die FDP-Liberale Fraktion betrachtete die GPDeI als das richtige Gremium mit ausreichenden Kompetenzen. Die Delegation kann auf bestehende Strukturen zurückgreifen und die Untersuchungen ohne Verzögerungen starten. Sie war somit der schnellste Weg zu einer Aufklärung.

Im November legte die GPDeI schliesslich ihre Ergebnisse vor. Der [Bericht](#) zeigte auf, dass die Interessen der Schweiz durch das Geschäft der Crypto AG nicht gefährdet waren und die Aktivitäten der inneren Sicherheit der Schweiz gedient hatten. Durch die Untersuchungen der GPDeI zeigte sich hingegen auch, dass eine bessere Koordination und Kommunikation innerhalb der Bundesverwaltung nötig sind. Für die FDP ist es nun von zentraler Bedeutung, dass die betroffenen Departemente und Stellen ihre künftige Kommunikation und Koordination gemäss Empfehlungen der GPDeI verbessern. Auch der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um seine Tätigkeit als Aufsichtsbehörde besser ausüben zu können.

1.6. Wechsel im Generalsekretariat

Im Jahr 2020 kam es im Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern zu mehreren Personalwechseln. Der wichtigste Wechsel betraf die Leitung. Samuel Lanz gab sein Amt als Generalsekretär Ende September nach sechs Jahren ab. Samuel Lanz hat das Generalsekretariat massgeblich geprägt und die wichtige Arbeit, die hinter den Kulissen von den Teams geleistet wird, weiter professionalisiert. Für seinen unermüdlichen Einsatz ist ihm die Partei zu grossem Dank verpflichtet. Als seine Nachfolgerin wählte die PPK einstimmig [Fanny Noghero](#), die zuvor die Gesamtkommunikation der FDP leitete. Die dreisprachige Neuenburgerin ist seit dem 1. Oktober Generalsekretärin und wird die begonnenen Projekte und Arbeiten zur weiteren Professionalisierung der FDP Schweiz nahtlos vorantreiben.

[Arnaud Bonvin](#) ist seit dem 1. November Kommunikationschef und sorgt mit seinem vierköpfigen Team dafür, dass die FDP intern und extern optimal wahrgenommen wird.

Die FDP passte im Juni ihre [Strukturen](#) im Hinblick auf künftige Wahlkämpfe an. Die Bereiche Netzwerk und Planung befassen sich bereits mit den eidgenössischen Wahlen 2023 und entwickeln neue Wahlkampfinstrumente.

1.7. Kantonale Wahlen

In acht Kantonen fanden 2020 Wahlen statt. Insbesondere die Wahlen im Herbst im Kanton Aargau, Basel-Stadt, Jura und Schaffhausen ein Jahr nach den nationalen Wahlen zeigen in der Regel auf, ob die nationale Themenkonjunktur rund um die Umwelt- und Klimapolitik weiterhin nachhallt. Leider bestätigen die Wahlergebnisse diesen Befund. Die FDP musste in verschiedenen Kantonen Verluste hinnehmen (Aargau: -1; Basel-Stadt: -3; Jura: -1; St. Gallen: -4; Schaffhausen: -2; Schwyz: -2; Thurgau: -2; Uri: -2).

Schuld an diesen Verlusten war neben der anhaltenden Themenkonjunktur rund um Klima und Umwelt auch die Coronakrise und das damit verbundene Ausbleiben eines aktiven Wahlkampfes bei den Menschen. Erstarkt sind insbesondere die Grünen sowie die GLP. Als grösste Probleme werden gemäss externen Studien die Covid-Krise gefolgt vom Klimawandel und Wirtschaftssorgen/Arbeitslosigkeit angesehen.

Die FDP hält auf kantonaler Ebene mit 551 Sitzen nach wie vor die meisten Sitze in kantonalen Parlamenten. Zusätzlich gehören insgesamt 37 Regierungsräte der FDP (und LDP) an – so viel wie keiner anderen Partei sonst. Die letzten Wahlen in den Kantonen weisen jedoch darauf hin, dass die Partei in Zukunft noch härter für ihren Erfolg arbeiten muss. Der Kontakt zu den Wählerinnen und Wähler muss auch während einer Pandemie ungebrochen weitergeführt und sogar intensiviert werden. Nur so können wir als Liberale einerseits unsere Position gegen aussen tragen und die Bevölkerung für die Wahlen mobilisieren. Wahlkampf bedeutet gerade in solchen Zeiten die Leute zu stören, nicht sie in Ruhe zu lassen.

1.8. Ausblick 2021

Die Corona-Pandemie wird uns auch im Jahr 2021 noch stark beanspruchen. Die FDP wird sich in den nächsten Monaten für einen verantwortungsvollen und sicheren Ausstieg aus dem Krisen-Modus einsetzen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass eine baldige Rückkehr zur Normalität erfolgt. Der Staat hat in den letzten Monaten massiv in das Privatleben eingegriffen. Die Partei muss vereint dafür kämpfen, dass Eigenverantwortung und persönliche Freiheit wieder den Stellenwert erhalten, den sie verdienen. Welchen Schaden die Schweizer Wirtschaft mittel- und langfristig durch die Auswirkungen der Pandemie davonträgt, ist schwierig abzuschätzen. Klar ist, dass die FDP gefordert sein wird. Es braucht den Einsatz auf allen Ebenen, damit sich KMU und Gewerbe rasch erholen und zu alter Stärke zurückfinden.

Neben den Herausforderungen, die Corona bereithält, muss die FDP auch ihre eigenen Themen und Stärken aktiv bewirtschaften. Die Schweizer Wirtschaft muss durch optimale Rahmenbedingungen unterstützt werden. Regulierung muss konsequent abgebaut und die Digitalisierung im Interesse der Volkswirtschaft aktiv genutzt werden.

Ebenfalls wichtig ist die Fortsetzung der freisinnigen Umwelt- und Klimapolitik. Ein wichtiger Meilenstein ist hierbei die Abstimmung über das CO₂-Gesetz am 13. Juni. Die Partei muss in der Umwelt- und Klimapolitik liberale Lösungen anbieten, um grüne Verbote zu verhindern.

Enkeltaugliche Lösungen sind nicht nur im Umweltbereich gefragt, sondern auch in der Altersvorsorge. Ein starkes Instrument ist die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, aber es braucht auch das Engagement im Parlament, damit die minimale AHV-Reform mehrheitsfähig wird.

Auch die Europapolitik wird die Schweiz und die FDP in diesem Jahr weiterhin beschäftigen. Es ist notwendig, dass die Schweiz über zuverlässige Beziehungen zur EU verfügt, die den Wohlstand unseres Landes sichern. Die FDP macht sich weiterhin stark, dass diese Beziehungen weiterentwickelt werden und auf einem soliden Fundament stehen. Dies ist für zahlreiche Unternehmen in der Schweiz eine wichtige Grundlage ihres Erfolgs.

Auf organisatorischer und struktureller Ebene will die FDP Schweiz den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Kantonal- und Ortsparteien stärken. Diese sind unabdingbar für die Mobilisierung bei den Wahlen. Im Generalsekretariat wurden bereits die Weichen für die eidgenössischen Wahlen 2023 gestellt. Erste Grundlagen wurden erarbeitet und werden in den nächsten Monaten der PPK und weiteren Gremien vorgestellt.

2. **Parteiarbeit: Delegiertenversammlungen / Parteipräsidentenkonferenzen / Volksabstimmungen**

Arnaud Bonvin, Kommunikationschef
Marcel Schuler, Kampagnenleiter

2.1. **Assemblées des délégués**

2.1.1. **Assemblée des délégués du 11 janvier à Schindellegi**

Le paysage politique est toujours plus fragmenté et polarisé, ce qui est loin d'être une bonne nouvelle pour la Suisse, la recherche de majorités devenant toujours plus compliquée. Le 11 janvier 2020, le PLR prend un nouvel élan libéral et s'engagera pour que de réelles solutions soient trouvées. A Schindellegi, près de 330 délégués ont affirmé leur volonté d'avancer. Ils ont pris position sur les votations du 9 février 2020 et ont d'ores et déjà nettement rejeté l'initiative de résiliation. Enfin, ils se sont clairement exprimés en faveur d'un soutien à l'initiative sur les rentes, récemment déposée par les Jeunes Libéraux-Radicaux.

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Oui à la norme pénale « Discrimination et incitation à la haine en raison de l'orientation sexuelle » (208 Oui contre 54 Non et 15 abstentions)
- Non à l'initiative populaire « Davantage de logements abordables » (328 voix contre une)

2.1.2. **E-Assemblée des délégués du 27 juin au Secrétariat général du PLR CH**

En raison de la pandémie, le PLR a organisé pour la première fois de son histoire une Assemblée des délégués en ligne. La présidente Petra Gössi a ouvert cette dernière avec un discours tourné vers l'avenir et les générations futures devant 283 délégués. Elle considère que le PLR a la responsabilité de trouver des solutions libérales dans trois domaines fondamentaux : la sécurité de l'emploi, la prévoyance, ainsi qu'un cadre de vie préservé. Trois sujets qui seront largement débattus avec la base du parti, afin de continuer à développer le succès du modèle suisse. Le moment fort de cette Assemblée des délégués aura sans doute été la nette réélection de Petra Gössi à la présidence du parti.

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Réélection de la présidence (P.Gössi 267 voix sur 283). Les deux vice-présidents, Andrea Caroni (AR), conseiller aux États, et Philippe Nantermod (VS), conseiller national, les trois assesseurs, le conseiller aux États Philippe Bauer (NE), et les conseillers nationaux Alex Farinelli (TI) et Andri Silberschmidt (ZH) ont été élus via un logiciel de vote en ligne (en lieu et place d'une élection par acclamation). Ils ont été largement élus.

2.1.3. **E-Assemblée des délégués du 22 août au Secrétariat général du PLR CH**

Devant 270 délégués, Petra Gössi a ouvert l'Assemblée des délégués du PLR en faisant le point sur la crise du coronavirus. Pour la présidente, une chose est claire : malgré la crise du coronavirus, les politiciens doivent agir de manière responsable et ne pas laisser des dettes abyssales aux générations futures. Nous ne devons pas résoudre cette crise comme s'il n'y avait pas de lendemain. Les conditions-cadres doivent également être fixées de sorte que les réformes structurelles, qui ont été accélérées par le coronavirus, mais qui sont finalement imparables, soient orientées sur la voie de la durabilité. Les quelque 270 délégués ont ensuite mené des discussions intensives sur trois objets soumis à votation.

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Oui à l'acquisition de nouveaux avions de chasse (258 voix contre 12 et 4 abstentions)
- Non à l'initiative de résiliation (299 voix contre 3 et 8 abstentions)
- Non au congé paternité (134 voix contre 133 et 8 abstentions)
- Oui aux déductions fiscales pour les familles (221 voix contre 48 et 6 abstentions)

La recommandation de vote sur la Loi sur la chasse a été accepté par la CPP (18 voix contre 3 et 1 abstention).

2.1.4. E-Assemblée des délégués du 31 octobre à Lucerne

300 délégués se sont réunis en ligne pour cette dernière Assemblée de l'année. Le PLR est le premier parti à soutenir et se prononcer clairement en faveur de la loi sur le CO2 (218 :60 :7). Les délégués du PLR ont traduit dans les faits leur volonté de prendre leurs responsabilités afin de laisser un cadre de vie intact aux générations futures. Les objectifs poursuivis par la loi sur le CO2 répondent à ceux fixés par nos délégués en juin 2019 dans le papier de position sur une politique climatique et environnementale libérale et ambitieuse. Nos délégués ont ainsi réaffirmé vouloir protéger le climat avec des recettes libérales basées sur la responsabilité individuelle, l'innovation et les coûts réels. Au cours de cette même Assemblée, après une allocution engagée de la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter, les délégués ont massivement rejeté l'initiative sur « entreprises responsables ». Ils ont également adopté la loi pour une e-ID. Le conseiller fédéral Ignazio Cassis a également fourni des informations sur l'état actuel de l'accord-cadre avec l'UE.

Décisions de l'Assemblée des délégués :

- Oui à la loi sur le CO2 (218 contre 60 et 7 abstentions)
- Non à l'initiative « entreprises responsables » (249 Non, 9 Oui avec 4 abstentions)
- Oui à e-ID (230 à 16, avec 7 abstentions)

La veille de l'Assemblée, la CPP a rejeté à l'unanimité l'initiative du GSsA.

2.2. Volksabstimmungen

2.2.1. Abstimmung Februar

Im Februar 2020 hatte die Schweizer Stimmbevölkerung über zwei Vorlagen zu befinden: die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» und die Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Rassismusstrafnorm).

Die Mieterverbands-Initiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ wollte eine starre 10%-Quote für staatliche Wohnungen in der Verfassung festsetzen. Über massive Markteingriffe sollten so staatliche Siedlungen das private Bauen konkurrenzieren und private Investitionen unattraktiv machen. Die FDP engagierte sich in der vom Hauseigentümerverband und FurrerHugi geführten Kampagne, vor allem durch textliche Massnahmen. Am Abstimmungssonntag vermochte der verheissungsvolle Titel die Menschen nicht zu verführen. Die Schweizer Stimmbevölkerung erteilte der Vorlage eine klare Abfuhr.

Nur in den sozialen Medien und nicht im gekauften Raum verlief die Abstimmungskampagne zur Rassismusstrafnorm. Die damalige Gesetzgebung sah vor, dass Menschen vor Hass und Hetze nur aufgrund ihrer Ethnie, Rasse oder Religion, geschützt werden. Vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung bestand jedoch kein entsprechender Schutz. Das Volk nahm die Vorlage an und schloss diese Gesetzeslücke.

2.2.2. Abstimmung Mai

Die Abstimmung im Mai wurde aufgrund von Corona abgesagt und auf September verlegt.

2.2.3. Abstimmung September

Aufgrund der Absage der Abstimmung vom Mai, kam es im September zu einem «Superabstimmungssonntag» mit fünf Vorlagen: Jagdgesetz, Kündigungsinitiative, Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie“ und Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten. Für die FDP standen die Kampagnen für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und gegen die Kündigungsinitiative. Bei beiden Kampagnen koordinierte die FDP die überparteilichen Massnahmen, wie beispielsweise eine Medienkonferenz mit allen anderen Parteien innerhalb der Allianz. Zentraler Punkt der Kampagne für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge war der Mitmachgedanke – möglichst viele Menschen sollten die Möglichkeit erhalten, sich an der Kampagne zu beteiligen. Zu diesem Zweck wurde eine Website aufgebaut, auf der man sich in die Komitees einschreiben und Kampagnenprodukte bestellen konnte (Plakate, Flyer, Postkarten, Pin, Autokleber, Give-Aways). Auch wurde ein

Flyer in 1.1 Millionen Briefkästen verteilt. Dieser wurde auf jeden Kanton und alle Sprachversionen angepasst, um lokal eine möglichst hohe Wiedererkennung und damit Wirkung zu schaffen. Eine weitere wichtige Säule der Kampagne waren die Onlinemassnahmen. Während dem Kampagnenverlauf verzeichneten beide Kampagnenkanäle die grösste Reichweite und Aktivität aller 10 Kampagnen, die zu diesem Abstimmungssonntag um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung wetteiferten.

Die Kampagne für das Jagdgesetz wurde durch Jagdschweiz, die Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und FurrerHugi geführt. Die FDP unterstützte durch eigene Parteimassnahmen und Aktionen auf Social Media. Für die beiden anderen Abstimmungskampagnen (Vaterschaftsurlaub und Kinderdrittbetreuungskosten) stellte die FDP einen Grundlagenservice mit Argumentarium und Grundlagenpräsentation bereit, verzichtete aus Ressourcengründen aber auf eine Kampagne im bezahlten Raum.

2.2.4. Abstimmung November

Im November stand der Schweiz ein emotionaler Abstimmungserbst bevor. Dank dem starken Engagement der FDP wurden die beiden Vorlagen, über die im November abgestimmt wurde, abgelehnt (Unternehmensverantwortungsinitiative und GSoA-Initiative) – zwei schädliche Alleingänge wurden verhindert. Auch hier setzte sich die FDP im Rahmen überparteilicher Kampagnen stark ein, im Fall der GSoA-Initiative organisierte sie auch die überparteiliche Medienkonferenz. Bei beiden Kampagnen setzte die FDP auf eine Wildplakate-Kampagne. Über ein Mail an alle Ortsparteien wurde über die Kampagnen orientiert und zum Mitmachen aufgerufen. Ebenfalls zum Mitmachen aufgerufen wurde für eine Testimonial-Kampagne, bei welcher jedes Mitglied ein Statement abgeben konnte. Dieses Statement wurde sodann über Social Media Werbung weiterverbreitet. Zusätzlich zu diesen Massnahmen versandte die FDP einen Flyer an 100'000 Haushalte, die mittels einer Datenanalyse als sehr entscheidend evaluiert wurden.

3. Das parlamentarische Jahr 2020

Michael Mandl, Fraktionssekretär

3.1. Frühlingssession - Session de printemps 2. März bis 12. März 2020

3.1.1. Eine verkürzte Session unter ausserordentlichen Umständen

Alles war angerichtet für eine intensive, kontroverse und spannende Frühlingssession 2020 mit einer übervollen Traktandenliste. Allein die grosse Anzahl der zu behandelnden Volksinitiativen wie der Konzernverantwortungsinitiative, Fair-Preis-Initiative oder der Kriegsmaterialfinanzierungs-Initiative hätte genügend Sprengpotenzial geboten, um die Zeitungen im Land während der Sessionsdauer prall zu füllen. Dazu kam die geplante Differenzbereinigung für die Überbrückungsleistungen, die einen absoluten Sondereffort von Seiten des Parlamentes verlangte. Und als i-Tüpfelchen wäre die grosse Debatte im Nationalrat zur Totalrevision des CO2-Gesetzes für die letzte Sessionswoche geplant gewesen. Doch bekanntlich kam alles anders als geplant.

Von Anfang an stand das Corona-Virus wie ein Damoklesschwert über der Frühlingssession und man wusste nie, wann es final zuschlagen wird. Schon in der zweiten Sessionswoche wurde ein Ordnungsantrag zum Abbruch der Session behandelt und deutlich abgelehnt. Man wolle weiterhin beraten, solange es die Situation zulasse. Die Beurteilung, ob die Entscheidung richtig war oder nicht, kann man sich im Nachhinein sparen. Fakt ist, dass die Büros den Entscheid zum Sessionsabbruch fielen, noch ehe die dritte Woche beginnen konnte. Mit dem definitiven Abbruch der Frühlingssession nach zwei Wochen wird die Bundesversammlung nun vor ganz neue Tatsachen gestellt, die so noch nie dagewesen sind.

Über die Relevanz der Politik im alltäglichen Leben mag es in der Bevölkerung geteilte Meinungen geben. Vielen Menschen in diesem Land ist es wahrscheinlich ziemlich egal, was da „oben in Bern“ während einer Session beschlossen wird. Doch die institutionelle Relevanz eines beschlussfähigen Parlamentes zeigt sich ganz speziell in solchen ausserordentlichen Zeiten. Gerade mit Blick auf die zwingend notwendigen Unterstützungsmassnahmen zuhanden der KMUs, Selbständigen oder Start-ups kann der Bundesrat nämlich nur in begrenztem Masse das Parlament umgehen. Damit rasch grössere Massnahmenpakete beschlossen werden können, um das kurzfristige Überleben zahlreicher Unternehmen zu sichern und den langfristigen wirtschaftlichen

Schock zu dämpfen, braucht es innert kurzer Frist ein beschlussfähiges Parlament. Darum ist es nur richtig, dass sich die Büros des National- und Ständerates darum bemühen, so rasch wie möglich eine Lösung für das Funktionieren des Kommissions- und Ratsbetriebes auch in Zeiten einer Pandemie zu finden. Die Zeit drängt!

Trotz dieser düsteren Zeiten und des Überstrahlens aller anderen Themen wollen wir mit dem Sessionsbericht einen Blick zurück werfen auf diese verkürzte Frühlingsession und damit Ihren Fokus vielleicht für einige Minuten auf andere politische Brennpunkte verschieben. Viel Spass bei der Lektüre und bleiben Sie gesund!

3.2. Ausserordentliche Session – Session extraordinaire 04. Mai bis 06. Mai 2020

3.2.1. Eine ausserordentliche Session unter ausserordentlichen Umständen

Die ausserordentliche Session in der BernExpo war nicht nur wegen dem Corona-Virus und seinen direkten Konsequenzen auf die notwendigen Hygiene-Massnahmen ausserordentlich, sondern weil der Parlamentsbetrieb deutlich mehr Flexibilität und Spontaneität von allen Akteuren verlangte. Es sind die eigentlich selbstverständlichen Dinge wie die Abstimmungsanlage im Bundeshaus, die beim notgedrungenen Verzicht das alltägliche Arbeiten auf einmal so viel komplizierter gestalten. So wurde nicht nur für die Fraktionen, sondern auch für die ganze Arbeit des Sekretariates die Beratung im Nationalrat zum eigentlichen Blindflug. Niemand wusste, wie die einzelnen Fraktionen abgestimmt haben, da die Auswertungen erst im Nachgang zu dieser Session veröffentlicht werden. Entsprechend sind auch die Beiträge in diesem Sessionsbericht bezüglich der Haltung der FDP-Liberale Fraktion mit einer Prise Vorsicht zu geniessen! ☺ Da war die Transparenz des Ständerates dank der Abstimmung durch Aufstehen über den Livestream deutlich vorbildlicher und „kundenfreundlicher“.

Mehr Flexibilität wurde von den Parlamentariern erwartet, da viele Geschäfte aufgrund der Dringlichkeit im Schnellverfahren durch das Differenzbereinungsverfahren gejagt wurden. Dass dies bereits bei der Vorarbeit in den Kommissionen in der Vorbereitung auf die a.o. Session gewisse fragwürdige Entscheide zum Vorschein bringt, ist wenig überraschend. Nur so lässt sich z.B. erklären, wie in der SGK-N kurz vor der Session ein Vorstoss für das Verbot von Dividenden beim Bezug von Kurzarbeitsentschädigung eine solch grosse Mehrheit erreichen konnte. Einzig die FDP hielt anfänglich geschlossen dagegen, was glücklicherweise im SR kurz vor der Überweisung an den Bundesrat abgewendet werden konnte. In eine ähnliche Kategorie fällt wahrscheinlich auch die wenig schmeichelhafte Beratung zu den Geschäftsmieten, für die während der Session zwischen den Räten keine Lösung gefunden werden konnte.

Das hat uns einmal mehr gezeigt, dass komplexe und vor allem föderal geregelte Sachverhalte sich in einem Zweikammersystem unter Einbezug von Regierung, Kantonen und weiteren Akteuren schlicht nicht im Schnellverfahren lösen lassen. Oder zumindest muss die Fehlertoleranz höher sein. Insofern wäre es nur logisch, wenn in den kommenden Wochen und Monaten die eine oder andere eher fragwürdige Entscheidung aus dieser hektischen Zeit zum Vorschein kommen würde. Darum setzt die FDP weiterhin ihren Fokus auf die mittel- und langfristigen Lösungen für die Zeit nach der Krise. Dazu hat die Fraktion an ihrer vorsessionalen Fraktionssitzung mehrere Vorstösse verabschiedet und danach während der Session eingereicht. Es gilt, die Schweiz und ihre Akteure möglichst rasch für die Zukunft fit zu machen und dafür die richtigen Weichen zu stellen.

3.2.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

20.3237. Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Mobilfunknetz – Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen

Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen und Entscheidungen zu treffen, um die Einführung der fünften Generation des Mobilfunkstandards (5G) zu ermöglichen. Das Ziel ist dabei anzustreben, dass es den Anbietern innerhalb der nächsten fünf Jahre möglich ist (d.h. bis 2024), ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Die zu ergreifenden Massnahmen wurden in der vom UVEK beauftragten Arbeitsgruppe "Mobilfunk und Strahlung" in ihrem Bericht mittels verschiedener Optionen deutlich aufgezeigt. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren.

Begründung

Die COVID-19 Krise hat gezeigt, wie notwendig ein hochqualitatives Telekommunikationsnetz sowohl für die Arbeitswelt als auch für das Privatleben ist. Nur hinkt die Schweiz bei der Modernisierung ihres Netzes hinterher. Die Mobilfunk-Lizenzen wurden vor mehr als einem Jahr vergeben (07.02.2019). Dennoch kommt der Aufbau des 5G-Netzes nicht voran. Die Kantone und die Telekombranche brauchen wieder Rechtssicherheit. Ebenfalls ist die Suche nach Antennenstandorten ein zentraler Aspekt. Der Bundesrat muss handeln, wenn wir die Vorteile einer raschen Einführung des 5G-Standards für unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze nutzen wollen. Er hat dies in seiner Strategie «Digitale Schweiz» erkannt. Diese Technologie ermöglicht höhere Übertragungsraten und kürzere Reaktionszeiten bei gleichzeitiger Erhöhung der Energieeffizienz pro übertragener Dateneinheit. 5G hat ein grosses Potenzial in einer Vielzahl von Bereichen: E-Health, Smart farming, Virtual und Augmented Reality, autonome Fahrzeuge, industrielle High-Tech-Produktion, Drohnen usw.

Rund 90% der Strahlung, der wir ausgesetzt sind, stammt von unseren eigenen Mobilfunk-Geräten und nicht von der Sende-Antenne. Durch einfache Verhaltensweisen kann diese Exposition deutlich reduziert werden: z.B. dank der Benutzung der Freisprechanlage oder indem Telefongespräche bei schlechtem Empfang vermieden werden.

Der Bundesrat soll sich dafür einsetzen, dass die Bevölkerung angemessen über alle Facetten von 5G sachgerecht informiert wird. Eine transparente Information seitens des Bundes ist mehr denn je notwendig. Fehlende Information führt zur Entstehung von Verschwörungstheorien, wie dies die COVID-19 Krise gezeigt hat.

20.3243. Mo. Groupe Libéral-Radical (Orateur CN Nantermod). COVID-19 : Accélérer le processus de numérisation dans le domaine de la santé

Texte

Le Conseil fédéral est prié, en collaboration avec les acteurs concernés, de prendre les mesures nécessaires afin d'accélérer le processus de numérisation de notre système de santé. L'accent sera entre autres mis sur les éléments suivants :

- › Le dossier électronique du patient doit rapidement devenir la norme pour tous les acteurs de la santé.
- › Le recours à la télémédecine est reconnu et encouragé.
- › Toute la correspondance entre les acteurs de la santé se fait par voie numérique. Des exceptions peuvent être prévues pour la communication avec les patients ayant un accès restreint aux moyens numériques de communication.
- › L'emploi d'applications permettant au patient de suivre son état de santé est encouragé, aussi dans l'assurance de base.
- › La commande en ligne de médicaments est facilitée, et encouragée en période de crise sanitaire.

Développement

La crise liée au COVID-19 a mis en lumière le retard pris par la Suisse en matière de numérisation de son système de santé. Le constat alarmant de la fondation Bertelsmann, qui classait la Suisse au 14ème rang sur 18 pays développés dans son Digital-Health-Rating en 2019, s'est vu confirmé.

La Suisse doit rapidement rattraper son retard dans ce domaine. Un dossier électronique du patient unique, reconnu et utilisé dans les domaines stationnaire et ambulatoire, doit rapidement voir le jour. La crise du COVID-19 a mis en exergue la nécessité de faciliter et encourager le recours à la télémédecine, afin de flexibiliser les consultations et d'éviter les déplacements inutiles (risque de contagion). En outre, la correspondance entre les acteurs doit se faire exclusivement de manière électronique. Des exceptions peuvent être prévues pour les patients ayant un accès limité aux moyens numériques de communication. Par ailleurs, le recours à des applications permettant de contrôler soi-même son état de santé doit être encouragé, aussi dans l'assurance de base. Le potentiel de ces nouveaux outils doit être exploité pleinement. Enfin, la crise du COVID-19 a révélé le besoin de clarifier la question de la commande de médicaments en ligne. En temps normal, la livraison de médicaments disponibles uniquement sur ordonnance doit être facilitée. En période de crise, il doit devenir possible de commander directement à son domicile des médicaments vendus sans prescription.

20.3242. Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). Covid-19: Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen

Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, eine umfassende Analyse der auf nationaler und kantonaler Ebene getroffenen Massnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie durchzuführen. Er soll dabei auch die Massnahmen von anderen Ländern prüfen, denen es gelungen ist, die Krise mit weniger weitreichenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden zu überwinden. Basierend auf diesen Auswertungen soll er mögliche Änderungen des Pandemieplans und des Epidemiegesetzes präsentieren.

Begründung

Unser Gesundheitssystem hat dem Coronavirus standgehalten. Es ist jedoch klar, dass bei der Bewältigung dieser Krise nicht alles perfekt gelaufen ist. Es braucht eine sorgfältige und kritische Analyse der Massnahmen von Bunde und Kantonen. Darüber hinaus sollten wir über unsere Grenzen hinausblicken und uns von Ländern inspirieren lassen, die über eine längere Erfahrung im Kampf gegen Epidemien verfügen. Einige der betroffenen Nationen, die sehr früh und gezielt eingegriffen haben, konnten eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus rascher verhindern und so die gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden minimieren.

Basierend auf diesen Auswertungen müssen die bestehenden Instrumente und Gesetze entsprechend hinterfragt und wenn nötig angepasst werden. Zu diesem Zweck soll der Bundesrat dem Parlament einen Bericht vorlegen, in dem folgende Massnahmen besonders geprüft werden:

- › Schnelle, gezielte Tests bei den ersten Anzeichen einer Epidemie / Pandemie. Isolierung der Personen, die positiv getestet werden, bevor sie Symptome haben. Einrichtung von mit dem Auto erreichbaren Teststrukturen am Rande der Städte, um die Ansteckungsgefahr zu minimieren.
- › Einsatz von Smartphone-Anwendungen, um die Entwicklung des Virus in einem frühen Stadium der Epidemie anonym zu verfolgen (auf freiwilliger Basis und unter Gewährleistung des Datenschutzes).
- › Rasche Einrichtung eines Koordinationszentrums, in dem Forscher und Unternehmensvertreter im Bereich der neuen Technologien koordinierte Lösungen im Kampf gegen die Pandemie entwickeln.
- › Transparente Kommunikation der Behörden, um die Verbreitung von Falschinformationen frühzeitig zu verhindern. Statistiken und ergriffene Massnahmen müssen täglich vorgelegt werden. Dadurch steigt die Bereitschaft der Bevölkerung, sich an einschränkende Massnahmen zu halten.

20.3241. Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). COVID-19: Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material

Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht die für die Notversorgung unentbehrlichen Medikamente, Impfstoffe und medizinischen Geräte klar zu definieren und dem Parlament Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten, um deren Versorgung in der Not sicherzustellen. Evaluert werden insbesondere eine Stärkung der nationalen und europäischen Zusammenarbeit für Produktion, der Abschluss von Leistungsaufträgen mit Schweizer Unternehmen, die Prüfung der Wirksamkeit der Pflichtlager und die Schaffung eines zentralen Inventars.

Begründung

Unser Gesundheitssystem hat zwar gut auf die Herausforderung des Coronavirus reagiert, aber es wurden auch einige Mängel deutlich. Einer davon betrifft unsere Versorgung mit Medikamenten und medizinischem Material und - weniger direkt - mit Impfstoffen. Krankenhäuser waren mit Engpässen konfrontiert, die bei einem anderen Verlauf der Krise sehr ernste Folgen gehabt hätten. Es geht nun darum, aus den Ereignissen der letzten Monate die richtigen Lehren zu ziehen und unsere Versorgungspolitik mit strategisch wichtigen Gesundheitsgütern zu überprüfen und allenfalls neu auszurichten.

In einem ersten Schritt wird der Bundesrat aufgefordert, zu ermitteln, welche Medikamente, Impfstoffe und medizinischen Geräte in Zeiten der Not unerlässlich sind.

In einem zweiten Schritt soll der Bundesrat dem Parlament einen Massnahmenkatalog zur Stärkung der Versorgungssicherheit mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material in der Schweiz vorlegen. Es sollen unter anderem die folgenden Optionen geprüft werden :

- › Stärkung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um die Lieferketten zu sichern und eine gemeinsame Produktion von unentbehrlichen Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material in Krisenzeiten zu gewährleisten.
- › Abschluss von Leistungsaufträgen mit Schweizer Unternehmen zur Stärkung der inländischen Produktion von wichtigen Medikamenten, Impfstoffen etc.
- › Für den Fall einer Gesundheitskrise müssen Pflichtlager von Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material vorgehalten werden. Zunächst ist zu analysieren, ob die Weisungen und Empfehlungen eingehalten wurden, und dann soll die Möglichkeit geprüft werden, das Volumen dieser Mindestvorräte zu vergrössern.
- › Einrichtung eines zentralisierten und digitalisierten Inventars der wichtigsten medizinischen Güter schweizweit.

20.3238. Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Cattaneo). Covid-19: Überprüfung der Pflichtlager

Text

Der Bericht zur Vorratshaltung vom 14.11.2019 hat die Probleme bei der Beschaffung von Schutzmaterial im Pandemiefall präzise skizziert. Darin steht, dass im Ereignisfall „ein sprunghaft ansteigender Bedarf aufgrund fehlender inländischer Produktion und geringer Lagerbestände nicht ausreichend befriedigt werden“ kann. Weiter: „Da die Masken vornehmlich im asiatischen Raum produziert werden, ist [...] damit zu rechnen, dass kaum noch Masken importiert werden könnten.“ Trotz der präzisen Risikoanalyse kam es im Zuge von Corona zu Engpässen beim Schutzmaterial. Auf die ungenügende Lagerung von Medikamenten, Medizinprodukten und Labormaterialien weist zudem ein Gutachten von Prof. Zeltner (18.12.2018) hin. Zeltner empfahl, das Anliegen in die Leistungsvereinbarungen zwischen den Kantonen und den Spitälern aufzunehmen. Letztere sind selbst für ausreichende Vorräte an Schutzmaterial verantwortlich. Auf Bundesebene besteht keine Lagerpflicht. Dennoch wurde ein freiwilliges Pflichtlager mit ca. 166'800 Atemschutzmasken angelegt. Kein Pflichtlager gibt es für Hygienemasken. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb wurden die Bestände an Schutzmasken nicht erhöht, obwohl diverse Berichte Handlungsbedarf anzeigen?
2. Ist die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Spitälern im Hinblick auf die Lagerung von Schutzmaterial adäquat?
3. Sind die Spitäler ihren Aufgaben nachgekommen (gemäss Influenzapandemieplan müssen sie über Vorräte für zwölf Wochen verfügen)?
4. Wie beurteilt der Bundesrat die nicht umgesetzten Empfehlungen von Prof. Zeltner im Lichte der Covid-19-Krise?
5. Braucht es für Schutzmasken anstelle eines freiwilligen ein obligatorisches Pflichtlager?
6. Braucht es ein Pflichtlager für Hygienemasken?
7. Warum umfasste das Lager des Bundes nur 166'800 Schutzmasken, obschon der Influenzapandemieplan im Fall einer zwölfwöchigen Pandemie einen Bedarf von 745'000 Masken für das Gesundheitspersonal aufzeigt?
8. Schutz- und Hygienemasken werden derzeit auch von Privaten stark nachgefragt. Wie gedenkt der Bundesrat in Zukunft einer Unterversorgung über das Gesundheitswesen hinaus zu begegnen?
9. Ist der Bundesrat bereit, nach der Krise eine vertiefte Analyse über die Pflichtlagerhaltung vorzunehmen (Schutzmaterial, Medikamente, Ethanol, aber auch in genereller Hinsicht)?

20.3236. Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). Covid-19: Stärkung der Unternehmen mit dem Abzug für Eigenfinanzierung nach der Corona-Krise

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Botschaft zu unterbreiten, mit welcher der Abzug für Eigenfinanzierung bei der direkten Bundessteuer eingeführt wird.

Begründung

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viele Unternehmen über ein sehr geringes finanzielles Polster verfügen. Mit Blick auf eine nächste Krise ist es zentral, den Eigenkapitalaufbau von Unternehmen zu unterstützen. Das derzeitige Steuerrecht steht dem diametral entgegen: Da lediglich bei Fremdkapital ein Zinsabzug möglich ist, wird Fremdkapital gegenüber Eigenkapital privilegiert. Ein vermehrter Aufbau von Eigenkapital könnte jedoch die

Basis der Unternehmen stärken und zukünftigen wirtschaftlichen Krisen vorbeugen. Der Eigenkapitalaufbau von Unternehmen sollte deshalb mit dem Abzug für Eigenfinanzierung bei der direkten Bundessteuer nach dem Vorbild von Art. 25a bis StHG befördert werden. Damit würden insbesondere unternehmergeführte kleine und mittlere Unternehmen gestärkt.

20.3239. Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Covid-19: Gezielt in Forschung und Entwicklung investieren

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, als befristete Sondermassnahme, den Zugang zur Unterstützung von Innovationsprojekten durch die Innosuisse für Schweizer KMU zu erleichtern. Dafür sollen die Rahmenbedingungen bezüglich der Eigenbeteiligung der Unternehmen an den Projektkosten flexibilisiert werden, sodass Schweizer KMU, die mit einem Forschungspartner ein Innovationsprojekt umsetzen wollen, der geforderte Cash-Beitrag einmalig erlassen werden kann.

Begründung

Die Bewältigung der Covid-19-Pandemie zieht gravierende wirtschaftliche Konsequenzen nach sich. Baldmöglichst müssen daher Massnahmen ergriffen werden, um unsere KMU bei der Bewältigung der anstehenden wirtschaftlichen Krise zu unterstützen. Die Innovationskraft von Schweizer Unternehmen ist für ihre Wettbewerbsfähigkeit zentral. Damit die schwierige Wirtschaftslage, KMU nicht daran hindert, in Innovationstätigkeiten zu investieren, soll die bundesseitige Innovationsförderung einen direkten kurz- und mittelfristig wirksamen Beitrag leisten und die Innovationsfähigkeit von KMU gezielt unterstützen. Damit sollen die KMU ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in dieser schwierigen Phase stärken und Arbeitsplätze sichern können.

Unter den regulären F&E-Förderbedingungen der Innosuisse müssen die Unternehmen einen Anteil von mindestens 50 Prozent der Gesamt-Projektkosten übernehmen und davon zehn Prozent des bewilligten Bundesbeitrages als Cash-Beitrag an die Arbeitsleistung des Forschungspartners einbringen. Dieser Cash-Beitrag schmerzt innovationswillige KMU gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten sehr und kann der Grund dafür sein, auf ein Innovationsprojekt zu verzichten. Der einmalige Erlass dieses Cash-Beitrags stellt daher ein einfaches, konkretes Mittel dar, um die Innovationsbereitschaft von KMU zu stärken. Bereits in Reaktion auf den starken Franken 2015 zeigten ähnliche Sondermassnahmen gute Erfolge.

Die Mittel sind ausreichend im Budget einzustellen, sodass auch andere Förderinstrumente der Innosuisse, wie die Innovations-Checks, keinesfalls geschwächt, sondern vielmehr gestärkt werden können.

20.3240. Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Riniker). Covid-19: Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub)

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Schaffung eines «Public Innovation Hubs», in Verbindung mit einer Innovationsstrategie für die Verwaltung, vorzulegen. Ziel des Hubs ist die Verknüpfung von „Innovationschaffern“ mit der Verwaltung, damit innovative Ideen geprüft und allenfalls rasch umgesetzt werden können. Der Bericht soll auf folgende Punkte eingehen:

- › Trägerschaft: Der Hub ist interdepartemental auszugestalten. Die Interessen der Kantone werden berücksichtigt.
- › Vernetzung: Der Hub ist als Schnittstelle zwischen Verwaltung auf der einen und Forschung und Tech-Unternehmen auf der anderen Seite zu konzipieren.
- › Funktionsweise: Dank des Hubs sollen innovative Ideen rasch und unkompliziert getestet, wo nötig mit „Pilotnormen“ temporär ermöglicht und im Erfolgsfall verwaltungsweit (und gegebenenfalls über alle föderalen Ebenen) verbreitet und implementiert werden können.

Begründung

Liest man die Botschaft 19.078, Legislaturplanung 2019-2023, so findet sich das Wort 'Innovation' 61 Mal im Text. Inhaltlich und organisatorisch ist das Thema Innovation aktuell auf wenige Bereiche limitiert: BFI Botschaft, Horizon Europe, Strategie «Digitale Schweiz», FIG, Synthese-Index der Innovation. Dabei geht es vor allem um

die Innovationsförderung, nicht aber um die «interne Innovation» bei Verwaltungs- und Geschäftsprozessen. Mit einem Innovationshub können die Bundesverwaltung, ihre Ämter und gegebenenfalls kantonale und kommunale Stellen eigenen Innovationen in den Kern-Bereichen der Verwaltungstätigkeit mehr Gewicht verleihen. Der Hub ermöglicht den schnellen und konstruktiven Austausch mit Forschung und Wissenschaft, sowie mit innovativen Unternehmen der Wirtschaft, insbesondere Startups. Allenfalls könnte sich der Hub auch an Innovationen ausländischer Behörden orientieren. Vorteile, Chancen und mögliche Organisationsformen eines Public Innovation Hub in der Bundesverwaltung sollen in diesem Bericht aufgezeigt werden. Um Umsetzungsgeschwindigkeit zu erreichen, sollen Projekte auf der Basis von Pilotprojekt-Normen befristet auf ihre Tauglichkeit getestet werden können.

3.3. Sommersession – Session d'été 2. Juni bis 19. Juni 2020

3.3.1. Der steinige Weg zurück zur Normalität

Nach Wochen in der ausserordentlichen Lage sollte neben der Bevölkerung auch die parlamentarische Beratung mit Beginn der Sommersession einen Schritt zurück zur Normalität machen. Dass dieser Weg durchaus steinig werden würde, wurde spätestens mit der erneuten Aufnahme der Beratungen in den Hallen der BernExpo offensichtlich. Trotz der Wiedereinführungen einer transparenten Abstimmungsanlage tat sich das Parlament offensichtlich schwierig, ihr ursprüngliches Tempo bezüglich der Abarbeitung von regulären Geschäften aufzunehmen. Obwohl dies mehr als notwendig gewesen wäre aufgrund der fehlenden dritten Sessionswoche der Frühlingssession, war das Parlament in diesen drei Wochen erneut spendabel und äussert diskussions- und debattierfreudig! Trotz zusätzlich verlängerter Sitzungstage haben sich so im Nationalrat locker 30 Stunden Beratungszeit angestaut, die eigentlich abgearbeitet hätten werden müssen. Also blieb den zuständigen Büros fast nichts mehr anderes übrig, als Ende Oktober nochmals eine einmalige Sondersession von zwei Tagen einzuschieben. Aus Sicht von berufstätigen Ratsmitgliedern wie auch des Fraktionssekretariates ist diese Einberufung einer sechsten Session in einem Jahr ein mässig erfreulicher Rekord. Es bleibt die Hoffnung, dass die Mitte-Links-Mehrheit mit der Rückkehr ins Bundeshaus zumindest auf überflüssige «dringliche» Debatten wie über die Gleichstellung in Zeiten von Krisen verzichtet.

Neben diesen zeitraubenden Debatten wurde die Sommersession aber auch intensiv dafür genutzt, um bedeutende Vorlage zu beraten, wie aus dem Sessionsbericht offensichtlich wird. Neben diversen Volksinitiativen wie der Unternehmensverantwortungsinitiative hatte das Parlament für die Zukunft der Schweiz zentrale Vorlagen wie die Überbrückungsleistungen, Ehe für Alle, die Totalrevision des CO₂-Gesetzes oder die finale Differenzbereinigung des Aktienrechtes auf der Traktandenliste. Der Schritt hin zu einem progressiveren Rat wurde dabei offensichtlich, jedoch zeigte sich bei der Ablehnung des Zivildienstgesetzes im Nationalrat leider auch, dass die neuen Mehrheiten deutlich Links der Mitte zu finden sind. Auf diese neue Normalität gilt es sich in den kommenden Jahren einzustimmen.

Leider wurde die Session gegen Ende der zweiten Sessionswoche durch die tragischen Neuigkeiten über den Tod unseres Fraktionskollegen Albert Vitali erschüttert. Überraschend schnell musste Albert uns verlassen, was für Alle ein Schock war und kaum in Worte gefasst werden kann. Sowohl als finanzpolitisches Gewissen unserer Fraktion wie auch als geselliger, fröhlicher Kollege wird er uns in Erinnerung bleiben. Mir persönlich werden die regelmässigen, kurzen Gespräche während den Sessionen fehlen, bei denen man sich mit ihm über Gott und die Welt unterhalten konnte – obwohl man am Schluss trotzdem meist bei der Schuldenbremse landete. Ein Stück Normalität also, das mit dem Abschied von Albert Vitali leider verloren geht. Die Sommersession machte es deutlich: Es ist kein einfacher Weg zurück zur Normalität.

3.3.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

[20.3880](#). Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Feller). Verwendung von Kreditresten im Rahmen von Corona

Text

Aufgrund der Corona-Situation mussten mehrere Verwaltungsstellen ausserordentliche Arbeit leisten. Verdankenswert rasch und unbürokratisch wurde beachtlicher Mehraufwand geleistet in verschiedenen Bereichen.

Coronabedingt können diverse vorgesehene Ausgaben aber auch nicht getätigt werden. Dies beispielsweise im Bereich der Reisetätigkeit oder bei Veranstaltungen. Gerne bitten wir daher den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es eine Übersicht, einerseits, zu den Mehraufwendungen und, andererseits, zu den Krediteinsparungen, welche durch Corona in der Bundesverwaltung getätigt werden und wurden? Falls nicht, ist eine solche Zusammenstellung geplant, welche Auskunft gibt über die Höhe der Mehrausgaben und Einsparungen?
2. Über welchen Spielraum verfügen die Departemente, um coronabedingte Krediteinsparungen für coronabedingte Mehraufwendungen zu verwenden?
3. Wie setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass Mehraufwendungen intern durch Einsparungen kompensiert werden?

3.4. Herbstsession – Session d’automne 7. September bis 25. September 2020

3.4.1. Eine (ausser)ordentliche Herbstsession

Mit der Rückkehr in die heiligen Hallen des Bundeshauses sollte auch ein Stück Normalität zurückkehren in den Parlamentsalltag. Schon die vorseSSIONALE Fraktionssitzung verkam dann aber dank den neu installierten Plexiglasboxen zu einer Spezialübung, die mehr an ein Callcenter erinnerte als eine reguläre Fraktionssitzung. Nicht nur die Sitzungsumstände hatten sich im Bundeshaus geändert, sondern auch die Dichte des Sessionsprogrammes. Aufgrund der Corona-bedingten Verschiebungen in diesem Jahr mussten zusätzliche Abendsitzungen eingeplant und jegliche freien Zeitblöcke für Differenzbereinigungen in den Kommissionen genutzt werden. Als wäre das nicht bereits genug, hatten die Polparteien SP, Grüne und SVP in der Sommerpause nichts Besseres zu tun, als zusätzlich eine ausserordentliche Corona-Session einzufordern, die während der regulären Session auch noch eingeplant werden musste. Ausser heisser Luft resultierte dort wie üblich nicht viel Sinnvolles.

Apropos nicht viel Sinnvolles: Diese Session durfte sich das Parlament während mehreren Stunden mit der Verabschiedung der Legislaturplanung herumschlagen. Auch an dieser ausserordentlichen Übung zeigte sich erneut, dass sich die SP und SVP in der Schaumschlägerei in Nichts nachstehen. Beide versuchten verzweifelt ihr Parteiprogramm in die Legislaturplanung des Bundesrates hineinzuschreiben – zum guten Glück nur mit mässigem Erfolg. Es zeigte sich daran aber einmal mehr, dass die Abschaffung dieser nicht-bindenden Verwaltungsaufgabe keinen Mehrwert bringt und eine Abschaffung in einer Krise nötiger denn je macht. Einerseits um Steuergelder zu sparen und andererseits, um Zeit für wichtigere Traktanden freizuschaukeln. Die FDP bleibt dran und hat bereits im Sommer den passenden Vorstoss dazu lanciert!

Es kann aber beruhigend festgestellt werden, dass in dieser Session auch sehr viel Wertvolles diskutiert und verabschiedet wurde. So konnte das Parlament den Tatbeweis erbringen, dass dringliche und zwingende Vorlagen wie das Covid-19-Gesetz im Schnellverfahren durchberaten werden können. Mit einem Sondereffort wurde das Gesetz in fünf Kommissionen gleichzeitig vorberaten und dann innerhalb der drei Sessionswochen durch drei Differenzrunden in beiden Räten bereinigt. Diese ausserordentliche Leistung war unter anderem notwendig, weil die Unterstützungsmassnahmen zugunsten der von der Corona-Krise direkt und indirekt Betroffenen Mitte September auslaufen. Nicht ausgeschlossen, dass in diesem Schnellverfahren einige Beschlüsse nicht ausgegoren waren. Zumindest konnte die FDP dazu beitragen, dass nicht alle Schleusen komplett geöffnet wurden und die Unterstützungsmassnahmen nur für Härtefälle und befristet gelten werden.

3.4.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

20.4063 Motion. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Matthias Jauslin). Schluss mit Blackbox – Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Untergrund-Erforschung

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Programm zur schweizweiten Erkundung des Untergrunds vorzulegen. Das Programm soll das ungenügende Wissen über den Untergrund verbessern und möglichst engmaschig Daten liefern. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Untergrund insbesondere zur Ressourcengewinnung (Wärme, Strom, Mineralien), zur Speicherung (u.a. Wärme, Kälte, CO₂) oder für die Infrastrukturverlagerung (z.B. Verkehr) nutzen zu können.

Begründung

Der Schweizer Untergrund ist im Vergleich zum Ausland kaum erforscht. Das obwohl er neben der Nutzung für Infrastrukturen wie Strassen, Bahnen und Stromleitungen weitere enorme Potenziale besitzt. Aufgrund des notwendigen Ausstiegs aus fossilen Energieträgern ist es zwingend, dass die Schweiz ihre Georessourcen (u.a. mineralische Rohstoffe, Grundwasser, Erdwärme) als strategische Güter besser nutzt. Angesichts des sich ändernden Klimas werden die Erschliessung neuer Grundwasserquellen oder die Nutzung von Erdwärme (Geothermie) zur Beheizung und Kühlung von Gebäuden sowie zur klimafreundlichen Stromproduktion immer zentraler. Der Untergrund ist aber auch als Speicher für den wichtiger werdenden saisonal schwankenden Bedarf an Wärme, Kälte und Elektrizität ein zentrales Gut. Soll die Schweiz bis 2050 das vom Bundesrat gesetzte Ziel von Netto-Null-Treibhausgasemissionen erreichen, ist zudem die Einlagerung von CO₂ im Untergrund unverzichtbar. Das zeigen auch der Gegenvorschlag des Bundesrats zur Gletscherinitiative und der bundesrätliche Bericht über die Bedeutung negativer CO₂-Emissionen für die klimapolitischen Massnahmen unseres Landes.

Diese Potenziale lassen sich jedoch nur nutzen, wenn der tiefere Untergrund der Schweiz umfassend erforscht ist. Die heute bestehenden Erkundungsanreize gemäss Energie- und CO₂-Gesetz genügen nicht, was dazu führt, dass potenzielle Akteure nicht in der Lage sind, bei der Erkundung des Schweizer Untergrunds Grundlagenarbeit zu leisten. Diese Grundlagenarbeit muss Sache des Bundes sein, weil sonst ein Flickenteppich entsteht. Entsprechend wird der Bundesrat aufgefordert, über ein nationales Erkundungsprogramm und unter Einbindung der Kantone flächendeckend genügend Daten liefern, um den Untergrund für die vielfältigen Nutzungen rasch transparenter zu machen. Sobald ausreichend Daten zum Untergrund vorliegen, lässt sich auch dessen Nutzung geordnet organisieren.

20.4062 Motion. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Rocco Cattaneo). Bürgerinnen- und Bürgerdienst: Weiterentwicklung des Milizsystems und Sicherung der Bestände

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Botschaft und die entsprechende Anpassung des rechtlichen Rahmens zur Einführung eines allgemeinen Bürgerinnen- und Bürgerdienstes zu unterbreiten. Die Vorlage berücksichtigt die sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen, demographischen, gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen und Bedürfnisse. Die Kantone sind einzubeziehen. Die Vorlage äussert sich u.a. zu den Aufgabengebieten, der Länge der Dienstpflicht und Anzahl Dienstage, der Organisation sowie den völkerrechtlichen Verpflichtungen. Die Bestände von Armee und Zivilschutz müssen garantiert sein.

Die persönliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Sicherheitssystem ist ein wesentlicher Vorteil der Schweiz in allen Lagen. Erstens übernehmen die Einzelnen Verantwortung im Gesamtrahmen. Zweitens schafft der gemeinsame Dienst an der Gesellschaft eine Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Regionen und sozialen Milieus. Drittens findet ein Wissenstransfer zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft statt. Das Milizsystem sollte aber über den Bürgerdienst weiterentwickelt und an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Der Bericht Loepfe zur Zukunft der Dienstpflicht hat dazu bereits wichtige Erkenntnisse geliefert.

Begründung

Die personellen Soll-Bestände von Armee und Zivilschutz können in Kürze nicht mehr genügend alimentiert werden. Dies ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Erstens erodiert das Milizsystem; zweitens besteht die Gefahr, dass die strategischen Reserven des Bundes und der Kantone die geforderte Leistung nicht mehr erbringen können; drittens leidet die Wehrgerechtigkeit. Die bisherigen Reformschritte haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht; eine grundsätzliche Weiterentwicklung des Milizsystems ist angezeigt. Das heutige Dienstpflichtsystem für Armee, Zivilschutz und Zivildienst ist zu überdenken. Zudem sollten aus Sicht der Gleichberechtigung auch Frauen in den institutionellen Dienst am Staat einbezogen werden. Ziel des allgemeinen Bürgerdienstes ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Fähigkeiten eine persönliche Dienstleistung zugunsten der Gesellschaft erbringen. Dadurch wird das Milizengagement gestärkt. Unabhängig

der Ausgestaltung des Bürgerdienstes müssen aus sicherheitspolitischen Überlegungen die Bestände von Armee und Zivilschutz gewährleistet sein.

3.5. Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national 29. Oktober bis 30. Oktober 2020

3.5.1. Session Nr. 5 2020: Check

Auch die fünfte Session im Jahr 2020, bzw. in der Zeitrechnung von Corona das Jahr 1, stimmte in die gleiche Hymne wie die bisherigen ein. Unter diesen besonderen Umständen sucht das Parlament laufend neue Lösungen, um die notleidende Bevölkerung und Wirtschaft zu unterstützen. Dass dies unter den neuen Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat mehr schlecht als recht geschieht, ist leider wenig überraschend. Es hilft dabei nicht, dass die «Mitte»-Fraktion sich in ihrer neuen bzw. alten Funktion als Mehrheitsbeschafferin noch nicht wirklich zurechtgefunden hat. So überrascht es wenig, dass am Schluss auf ein Covid-Geschäftsmietengesetz eingetreten wurde (notabene mit nur zwei Stimmen Unterschied), weil sich die geteilte Mitte-Fraktion über ganz grundlegende Rechte unserer Verfassung wie das Eigentumsrecht, die Wirtschaftsfreiheit etc. nicht einig war. Ähnlich knapp gingen wichtige Abstimmungen im Solidarbürgerschaftsgesetz verloren, weil die «bürgerlichen» Fraktionen nicht geschlossen agierten. Das muss uns für den weiteren Verlauf dieser Legislatur bezüglich der Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Nationalrat noch zu denken geben.

Aber in einem Zweikammersystem sollte man nie die Korrekturmöglichkeiten für die Entscheide dieser Sondersession im Nationalrat unterschätzen. Und so wird die Wintersession, die bereits in vier Wochen beginnt, entscheidend sein für die weiteren Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise. Zum guten Glück sind aber auch noch andere zentrale Vorlagen eingeplant, wie z.B. die AHV 21, die nichts mit Corona zu tun haben und für die Schweiz und ihre Institutionen absolut zentral sind. Somit ist dieser Sessionsbericht eher ein kleiner Zwischenstopp von der Session Nr. 5 auf dem Weg zur Session Nr. 6 in diesem äusserst speziellen Jahr. Bleibt gesund!

3.5.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

20.4285 Postulat Groupe Libéral-Radical (Orateur NR Philippe Nantermod). Formation professionnelle et égalité. Donner le goût et la capacité d'entreprendre à toutes et tous, dans toutes les branches

Texte

Le Conseil fédéral est invité à comparer le contenu des programmes de formation approuvés par la Confédération (ES, HES, etc.). Il devra analyser la question de l'importance accordée à l'entrepreneuriat (développement des compétences de management, gestion d'équipe, comptabilité, etc.), en particulier entre les professions traditionnellement masculines et féminines. Le Conseil fédéral est invité par ailleurs à proposer des solutions pour que toutes les formations offrent une importance équivalente à ces questions entrepreneuriales.

Développement

La Confédération exerce la surveillance dans le domaine des formations professionnelles. Le SEFRI doit notamment approuver les plans d'études cadre des formations ES ou HES.

Une comparaison de ces plans d'études montre malheureusement que les métiers traditionnellement masculins prévoient des aspects managériaux très poussés, à l'inverse des métiers plus féminins.

Ainsi, un informaticien ou un technicien du bois apprend à conduire des personnes, à planifier et diriger des projets, à diriger une entreprise et à appliquer des outils comptables.

A l'inverse, une éducatrice de l'enfance doit certes gérer le travail en équipe, mais ne développe aucune compétence dans la gestion d'entreprise ou en comptabilité. Il en va de même des formations sociales en général, par exemple pour les infirmières.

Or, ces derniers métiers ne sont pas forcément restreints aux employés de la fonction publique. L'offensive pour l'ouverture de structures d'accueil de la petite enfance ou pour pallier le manque d'infirmiers exigent de transmettre le goût et les compétences pour entreprendre.

A l'heure où la société s'inquiète d'inégalités des salaires et des chances, il paraît invraisemblable que le contenu des formations créent au niveau des compétences-métier des divergences aussi essentielles et qui ne se justifient en rien par la nature des professions.

Le Conseil fédéral est invité à analyser ces disparités et à s'assurer qu'elles soient supprimées, dans le sens où toutes les formations suisses doivent donner l'envie et les capacités de créer des entreprises.

3.6. Wintersession – Session d'hiver 30. November bis 18. Dezember 2020

3.6.1. Ein Hoch auf die Digitalisierung

Die letzte Session im turbulenten Corona-Jahr 2020 bat nochmals einige Highlights und Tiefpunkte zugleich. Von längst fälligen Entscheiden zugunsten der Ehe für Alle über die wichtigen Corona-Unterstützungsmassnahmen zugunsten der notleidenden Unternehmen bis zur erfreulichen Abschaffung der Industriezölle konnte die FDP viele Erfolge feiern. Trotz den veränderten Mehrheitsverhältnisse in dieser Legislatur konnten erstaunlich viele wichtige Etappensiege verbucht werden während dieser Wintersession. Ein ultraknapper Sieg, aber darum ein umso süsserer Erfolg, konnte die FDP hingegen dank einer digitalen Neuerung im Parlament verbuchen.

Die Corona-Krise hat schon so manches Leid ausgelöst und ist gerade für Liberale eine äusserst schwierige Zeit, die von staatlichem Interventionismus geprägt ist. Aber wie so oft in Krisen gibt es auch Chancen für Veränderungen. Im Bereich der parlamentarischen Verfahren konnte in dieser Session eine solche Chance wahrgenommen werden. Dank dem Beharren der staatspolitischen Kommission im Nationalrat wurde im dringlichen Verfahren innerhalb weniger Wochen ermöglicht, bei Fällen von Corona-Abwesenheiten von zu Hause aus abzustimmen. Da dies aber noch durch beide Räte verabschiedet und technisch umgesetzt werden musste, musste das Inkrafttreten bis zur dritten Sessionswoche warten.

Der Zufall wollte es, dass bei der FDP-Liberalen Fraktion genau in dieser Woche ein illustres Fraktionsmitglied aufgrund eines positiven Corona-Tests in die Isolation musste. In dieser verhängnisvollen Woche wurden so manch entscheidende Beschlüsse gefasst. Darunter war auch die für die FDP so wichtige Abschaffung der Stempelabgabe. Auch wenn es schliesslich nur um einen kleinen Teil der gesamten Vorlage ging, nämlich die Emissionsabgabe, sollte es am Donnerstag der letzten Sessionswoche zum Showdown im Nationalrat kommen. Unter anderem aufgrund eines Umschwenkens der GLP in der letzten Minute zugunsten der Nicht-Sistierung kam es plötzlich nur noch auf einige wenige Stimmen darauf an. So sah es plötzlich nach einem möglichen Stichentscheid durch den Nationalratspräsidenten aus, bis dann doch noch ein zusätzliches Lämpchen in den Reihen der FDP rot aufleuchtete. Da niemand im Saal auf diesem Stuhl sass, wurde schnell klar, dass diese Entscheidung zugunsten der Position der FDP und der Abschaffung der Stempelabgabe von zu Hause aus getätigt wurde.

Die Digitalisierung hat so einige Vorteile und schon viele Fortschritte zugunsten unserer Gesellschaft ermöglicht, aber so klar wie an diesem Tag wurde sie wohl im Parlament selten vor Augen geführt. Als Retterin in der Not hat sie ihren Dienst geleistet und dazu beigetragen, dass Unternehmen bei der Krisenbewältigung in naher Zukunft hoffentlich durch eine unnötige Abgabe weniger belastet werden. In dem Sinne: Ein Hoch auf die Digitalisierung!

3.6.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

20.4375. Dringliche Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). COVID-19-Impfstoffe. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?

Text

Der Bundesrat hat bekanntgegeben, dass die Schweiz per Ende Januar 2021 die ersten Dosen des Impfstoffs gegen COVID-19 erhalten wird. Dies ist eine erfreuliche Ankündigung. Durch den Einsatz des Impfstoffs wird es möglich sein, gefährdete Menschen besser zu schützen. Sie wird es uns ermöglichen, allmählich zur Normalität zurückzukehren und unsere Grenzen wieder zu öffnen. Das kommt sowohl dem lokalen Tourismus als auch den Personen, die uneingeschränkt ins Ausland reisen wollen, zugute. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die Schweizer Bevölkerung vom Nutzen einer Impfung überzeugt ist, und wenn eine Strategie zur Maximierung der Impfkapazität definiert, kommuniziert und umgesetzt wird. Der Bundesrat wird somit gebeten, die folgenden Fragen dringlich zu beantworten:

- › Wie sieht er vor, die Bevölkerung über den Nutzen der Impfung zu informieren?
- › Die Bürger müssen bescheinigen, dass sie tatsächlich zu einer Risikogruppe gehören. Welches Verfahren wird zu diesem Zweck eingeführt?
- › Wie wird die Patientensicherheit berücksichtigt?

- › Welche Anreize können geschaffen werden, um sicherzustellen, dass so viele Menschen wie möglich geimpft werden?
- › Private Akteure erwägen bereits, ob sie ungeimpfte Personen den Zugang zu ihren Räumlichkeiten verweigern können. Wie steht der Bundesrat zu dieser Frage?
- › Müssen Lokaltäten, bei denen der Zugang nur auf geimpfte Personen beschränkt wird, dennoch weiterhin die derzeit geltenden strengen Hygienekonzepte anwenden?
- › Welche Strategie erwägt der Bundesrat in Bezug auf die öffentlichen Räume und Gebäude?
- › Werden die geltenden Einschränkungen (Masken, Einschränkungen im Reiseverkehr, Versammlungsverbot, usw.) für geimpfte Personen weiterhin gelten? Oder werden sie erst behoben, wenn die Impfungen in der breiten Bevölkerung verfügbar sind?

4. Nahestehende Organisationen

4.1. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Nach drei intensiven Jahren als Präsidentin und einem sehr erfolgreichen Nationalratswahlkampf im Herbst 2019 trat Nationalrätin Doris Fiala Anfang des Jahres als Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen zurück. Auch dank ihres tatkräftigen Einsatzes konnte die FDP-Fraktion im Nationalrat einen rekordhohen Anstieg des Frauenanteils von 21,2 Prozent auf 37,9 Prozent verbuchen. Wir danken Doris für ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten der FDP.Die Liberalen Frauen und wünschen ihr für ihre politische, berufliche und persönliche Zukunft von Herzen nur das Beste.

4.1.1. Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Frauen

Aufgrund der Corona-Massnahmen mussten die FDP.Die Liberalen Frauen zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine digitale Generalversammlung durchführen. Trotzdem nahmen 82 Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten aus der ganzen Schweiz an der Veranstaltung vom 9. Mai 2020 teil. An der digitalen Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen wurde Susanne Vincenz-Stauffacher, Rechtsanwältin und St.Galler Nationalrätin, einstimmig als Nachfolgerin der abtretenden Präsidentin, Nationalrätin Doris Fiala, gewählt. Dies, nachdem sie im Februar 2020 einstimmig durch die Findungskommission vorgeschlagen worden war. Die Mitglieder wählten zudem Valérie Bourdin Karlen, Politologin aus Bern, neu in die Geschäftsleitung. Sie verstärkt als gebürtige Walliserin die Vertretung der französischsprachigen Schweiz.

4.1.2. Veranstaltungen im Jahr 2020

Auch die FDP.Die Liberalen Frauen mussten in diesem Jahr grossmehrheitlich auf physische Veranstaltungen verzichten. So wurden auch die PPK- und GL-Sitzungen digital durchgeführt. Erwähnenswerte Ausnahme war der Herbstanlass, welcher am 10. Oktober 2020 in St.Gallen stattfand. Durch einen Besuch beim High Fashion Label Akris, eine Architektur- und Kunstführung an der Universität St.Gallen und einen Stadtrundgang mit Präsidentin und Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher konnten die knapp 80 Teilnehmerinnen interessante Einblicke in die Gallusstadt und ihre Unternehmen und Institutionen gewinnen. Zudem durften die FDP.Die Liberalen Frauen Bundesrätin Karin Keller-Sutter begrüessen, welche im Talk mit Susanne Vincenz-Stauffacher über die Stellung der Frau in Politik und Wirtschaft diskutierte. Der Anlass bot zudem die Gelegenheit, die abgetretene Präsidentin Doris Fiala in einem würdigen Rahmen zu verabschieden, nachdem dies durch die digitale Durchführung der GV im Mai verunmöglicht worden war.

4.1.3. Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung»

Als Höhepunkt des Herbstanlasses machte die Geschäftsleitung die konkreten Pläne für die Lancierung der Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung öffentlich. Sie soll als erste eigene Volksinitiative der FDP.Die Liberalen Schweiz einen liberalen Beitrag zum 50-Jahr Jubiläum des Frauenstimmrechtes im Jahr 2021 leisten und endlich zu einem faireren Steuersystem führen

4.1.4. Kampagne «JA zur Luftraumsicherheit am 27. September 2020»

Nachdem bei der Abstimmung zum Gripen im Jahr 2014 an der Urne vor allem die weiblichen Stimmen für ein JA zu neuen Kampfflugzeugen fehlten, beschlossen die FDP.Die Liberalen Frauen, sich im Herbst 2020 aktiv für ein JA zur Luftraumsicherheit einzusetzen. Sie lancierten auf Initiative der FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Zürich eine eigene Kampagne, welche unter dem Motto «Vorsorgen. Weil Sicherheit kein Luxus ist.» stand. Die Kampagne war ein Erfolg, brachte Sie den FDP.Die Liberalen Frauen doch viel Aufmerksamkeit. Am Ende reichte es, auch dank den Frauenstimmen, am 27. September 2021 knapp für ein JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

4.1.5. Neuigkeiten aus der Geschäftsleitung und aus der Geschäftsstelle

Das Berichtsjahr stand mit dem Präsidiumswechsel auch im Zeichen interner Neuorganisation. So arbeitet die Geschäftsleitung neu im Ressortsystem und die Geschäftsstelle wurde nach St.Gallen verlegt sowie neu

aufgestellt. Das Jahr 2020 ging auch mit einigen personellen Veränderungen einher. Die Mitarbeiterinnen Tamara Blank und Meret Gulich verliessen die Geschäftsstelle per Ende Juli 2020 bzw. per Ende Oktober 2020. Wir danken beiden herzlich für ihr Engagement zugunsten der FDP. Die Liberalen Frauen und wünschen ihnen für die Zukunft herzlich alles Gute. Neu besetzt wurde die Geschäftsstelle im Oktober 2020 mit Ursina Flütsch, Projektleiterin Politik und Medien, Lara Vincenz, Social Media Verantwortliche, und Sarah Lenz, Mitarbeiterin Administration. Im Dezember 2020 gab zudem Florence Schürch ihren Rücktritt aus der Geschäftsleitung bekannt. Ihre Nachfolgerin wird an der GV 2021 gewählt werden. Wir danken Florence bereits jetzt für ihre Arbeit und wünschen ihr für die Zukunft nur das Beste.

4.2. FDP.Die Liberalen Service Public

Daniel Seiler, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

4.2.1. Veranstaltungen 2020

Anfang 2020 konnten wir einen besonders spannenden Anlass durchführen – den Besuch des Bundesverwaltungsgerichts am 20. Februar in St. Gallen. Begrüsst wurden wir durch die Gerichtspräsidentin Marianne Ryter. Danach folgten ein spannender Rundgang und die Besichtigung des beeindruckenden Gebäudes. Der Höhepunkt war das lehrreiche und unterhaltsame Kurzreferat unseres Mitgliedes Richter David Aschmann, welcher uns diesen Besuch überhaupt erst ermöglichte. Krönender Abschluss war ein leckeres Apéro, bei welchem sich unsere Mitglieder weiter austauschen konnten.

Die im 2019 eingeführten FDP Service Public Netzwerk-Mittagslunches in Bern erfreuten sich grosser Beliebtheit. Deswegen entschied der Vorstand, im Jahr 2020 jeden Monat einen Netzwerk-Lunch zu organisieren. Die drei vor dem «Lock Down» stattgefundenen Mittagessen erfreuten sich einer guten Beteiligung. Corona-bedingt mussten wir dann aber eine Pause einlegen. Nach der Öffnung der Restaurants konnten weitere drei Mittagessen stattfinden. Nach der positiven Resonanz hat sich Jasmina Felicijan mit Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Zürich, getroffen, um Netzwerklunches auch in Zürich anzubieten. Ein erster Termin mit Teilnahme von Hans-Jakob Boesch stand bereits fest und es gab bereits Anmeldungen. Leider musste der Lunch wegen Corona dann aber abgesagt werden. Wir hoffen diesen baldmöglichst, spätestens aber 2021 nachzuholen und weitere anbieten zu können.

Die Generalversammlung im November hat aufgrund der Einschränkungen erstmals vollständig digital stattgefunden, das war ein Novum für alle. Der Vorstand wurde in globo wiedergewählt und somit die Voraussetzung für weitere Kontinuität geschaffen. Die Durchführung der Generalversammlung hat insgesamt sehr gut funktioniert, die Beteiligung war rege und es kam zu zahlreichen konstruktiven Wortmeldungen und Gesprächen – mehr noch als an den physischen Generalversammlungen bisher. Die digitalen Tools haben also auch sehr positive Effekte, das freut uns und wir werden dies für zukünftige Veranstaltungen vermehrt berücksichtigen.

4.2.2. Aus dem Vorstand

Aufgrund der Corona-Situation und aufgrund der Einschränkungen konnten wir keine weiteren Anlässe organisieren. Der Vorstand hat die Zeit aber produktiv genutzt, um die Zukunft der FDP Service Public zu planen. Wir haben z.B. in die Gestaltung und Herstellung von Flyern sowie Rollups investiert. Der Vorstand hat sich in diesem Jahr sehr gut eingespielt und ergänzt sich hervorragend. Es wurden neue Ideen eingebracht und Vorschläge für künftige Anlässe gemacht.

4.3. FDP International

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP.Die Liberalen International

4.3.1. Veranstaltungen

Die üblichen Veranstaltungen der FDP International – der regelmässige und jeweils gut besuchte Austausch mit den ASR-Delegierten vor den Ratssitzungen, der Auftritt mit Informations-Stand am Auslandschweizerkongress und der beliebte Sommer-Apero, den wir alle zwei Jahre im Rahmen der Botschafterkonferenz durchführen - mussten wegen Corona ausfallen. Einzig die Generalversammlung im August konnte wie geplant stattfinden, allerdings in kleinem Rahmen. Aus formellen Gründen wurde für den 10. Oktober zudem eine ausserordentliche GV einberufen, diesmal per Zoom und mit erfreulich guter Beteiligung der Mitglieder.

4.3.2. Vorstand

Nach dem Rücktritt sämtlicher Mitglieder des Vorstands - aus verschiedenen und individuellen Gründen – wurde an der ausserordentlichen GV im Oktober ein neues Team gewählt. Neue Präsidentin ist Helen Freiermuth/Türkei. Sie hat von 2007–2019 im Vorstand mitgearbeitet und ist als langjährige Auslandschweizerin und Delegierte im Auslandschweizererrat für die Türkei bestens vertraut mit den Herausforderungen, die viele unserer Mitglieder ebenfalls beschäftigen. Vizepräsidenten sind NR Damien Cottier/NE und Marco Weber/ZH. Damien Cottier ist unsere direkte Verbindung ins Parlament, Marco Weber bringt reiche Erfahrung als Ortsparteipräsident mit. Mit Urs Brudermann/Singapur ist ein weiterer erfahrener Auslandschweizer und mit Sandro Frei/ZH ein engagierter Vertreter der jungen Generation an Bord. Fanny Noghero als ex-officio Mitglied und Esther Lüssi vom GS als Geschäftsführerin komplettieren das Team. Die Vorstandsaufgaben sind entsprechend der individuellen Stärken und Erfahrungen effizient auf die einzelnen Mitglieder verteilt. Die ersten Wochen waren geprägt von administrativen Aufgaben, Anpassungen und dem Aufbau einer neuen Struktur. Der Vorstand freut sich, dank den neu gemachten Erfahrungen mit online-Veranstaltungen für unsere rund 120 Mitglieder in 32 Ländern auf allen Kontinenten jetzt erstmals auch eigentliche Mitgliedertreffen zu organisieren.

4.3.3. Auslandschweizer-Themen

Kernaufgaben der FDP International sind der Informationsaustausch mit liberalen Landsleuten im Ausland, ihre Einbindung in die politischen Entscheidungen und Prozesse in der Schweiz und das Engagement für die spezifischen Anliegen der Auslandschweizer. Um ein genaueres Bild der Bedürfnisse zu erhalten führte der Vorstand Ende Jahr eine Mitgliederbefragung durch. Dabei wurden nicht unerwartet die Punkte E-Voting/E-Government, Zugang zu den Schweizer Banken und Verbesserungen bei den Sozialversicherungen mit höchster Priorität genannt, gefolgt von Einzel-Interessen. Allgemein wurden wir aufgefordert, «das liberale Banner hochzuhalten» und im politischen Prozess konsequent auf Auswirkungen für die Auslandschweizer aufmerksam zu machen. E-Voting/E-Government sind für die FDP International schon lange zentrale Begehren, weil beides wichtige Voraussetzungen sind, den Auslandschweizern ihre politischen Rechte zu sichern und den Zugang zu Dienstleistungen des Staates zu gewähren. Die Bankenproblematik hat in den letzten verschärft. Es wird schwierig sein, Lösungen anzubieten. Doch verfolgen wir die Entwicklungen genau und sind zuversichtlich, alternative Angebote wenigstens für die Grundversorgung zu finden.

4.3.4. Ausblick auf 2021

Für das kommende Jahr hat sich der Vorstand zum Ziel gesetzt, den direkten Kontakt zu den Mitgliedern zu stärken. Dazu organisieren wir regelmässige online-Veranstaltungen, beispielsweise Sessionsrückblicke mit Parlamentariern, und informelle Treffen mit Vertretern der Partei, denen wir damit ein Fenster zu den Auslandschweizern öffnen. Zudem wollen wir die Zusammenarbeit mit der Auslandschweizerorganisation, dem Parlament und zuständigen Bereichen im EDA zu stärken, um die Anliegen der 5. Schweiz voranzubringen und die FDP International sichtbarer zu machen. Über unsere Aktivitäten informieren wir laufend auf möglichst vielen Kanälen, parteiintern im Freisinn und in Blogbeiträgen, auf unserer neugestalteten Webseite und immer stärker in den sozialen Netzwerken, um die Auslandschweizer als Wählergruppe für die FDP zu begeistern und zu mobilisieren.

5. Anhang – Annexe

5.1. Anhang A – Annexe A

Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2020

Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2020

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen/> <http://www.plr.ch/actualites/consultations/> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, E-Mail: info@fdp.ch

5.2. Anhang B – Annexe B

Parteivorstand mit Ressortzuteilung

Mitglieder per 31. Dezember 2020 – Membres le 31 décembre 2020

Präsidentin / Présidente:

- › Gössi Petra NZ (SZ): Wahl 2016, Wiederwahl 2020, Ressort Parteiführung

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Caroni Andrea SR (AR): Wahl 2016, Wiederwahl 2020, Ressort Parteiführung
- › Nantermod Philippe NR (VS): Wahl 2016, Wiederwahl 2020, Ressort Mitglieder

Vorstand / Comité:

- › Walti Beat NR (ZH), ex-off Fraktionspräsident, Ressort Parteiführung
- › Feller Olivier NR (VD): ex-off Vizepräsident der Faktion, Ressort Parteiführung
- › Seiler Daniel ex-off Präsident FDP Service Public, Ressort Kommunikation
- › Vincenz-Stauffacher Susanne ex-off Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen, Ressort Kommunikation
- › Müller Matthias ex-off Präsident Jungfreisinnigen, Ressort Mitglieder
- › Wicki Hans SR (NW): ex-off Vizepräsident der Fraktion, Ressort Abstimmungen
- › Schenker Saskia ex-off, Vertretung PPK
- › Reich Bertrand ex-off, Vertretung PPK
- › Bauer Philippe Beisitzer: Wahl 2020
- › Farinelli Alex Beisitzer: Wahl 2020
- › Silberschmidt Andri Beisitzer: Wahl 2020

5.3. Anhang C – Annexe C

Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2020 – Comité du Groupe le 31 décembre 2020

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsident / Président du Groupe

- › Walti Beat Nationalrat (ZH)

Vizepräsidenten / Vice-présidents

- › Feller Olivier Nationalrat (VD)
- › Wicki Hans Ständerat (NW)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem

- › Gössi Petra Nationalrätin (SZ), Parteipräsidentin
- › Nantermod Philippe Nationalrat (VS), Vizepräsident Partei
- › Caroni Andrea Ständerat (AR), Vizepräsident Partei

Gewählte Mitglieder / Membres élus

› Bauer	Philippe	Ständerat (NE), gewähltes Mitglied
› Bourgeois	Jacques	Nationalrat (FR), gewähltes Mitglied
› Borloz	Frédéric	Nationalrat (VD), gewähltes Mitglied
› Schneeberger	Daniela	Nationalrätin (BL), gewähltes Mitglied
› Cattaneo	Rocco	Nationalrat (TI), gewähltes Mitglied

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux

› Cassis	Ignazio
› Keller-Sutter	Karin

Partei ex.off / Parti ex.off

› Noghero	Fanny	Generalsekretärin (seit Okt 2020, vorher Samuel Lanz)
› Mandl	Michael	Fraktionssekretär
› Bonvin	Arnaud	Kommunikationschef (seit Nov 2020, vorher Martin Stucki)

5.4. Anhang D – Annexe D

Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2020 – le 31 décembre 2020)

Generalsekretärin FDP.Die Liberalen / Secrétaire générale PLR.Les Libéraux-Radicaux

Fanny Noghero

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

noghero@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35

www.fdp.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen / Présidente Femmes PLR

Susanne Vincenz-Stauffacher

FDP Frauen

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

info@fdp-frauen.ch

www.fdp-frauen.ch

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Daniel Seiler

FDP Service Public, 3000 Bern

daniel.seiler@mac.com

www.fdp-servicepublic.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen International / Présidente PLR International

Helen Freiermuth

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

freiermuth@fdp-international.com